

Stromversorgung in Gefahr? – Mythos „Alte“ Technologie; Teil 1 jetzt öffentlich

geschrieben von AR Göhring | 21. Januar 2022

von JungeFreiheit-TV

von Marco Pino unter Mitwirkung von Jörg Brauns, Michael Limburg von EIKE, Götz Ruprecht, und Klaus Maier,

Er ist nicht weniger als das Rückgrat unserer Zivilisation: elektrischer Strom. Im Zuge der Energiewende soll die Stromversorgung auf sogenannte „Erneuerbare Energien“ umgestellt werden. Konventionelle Kraftwerke hingegen seien dreckige Auslaufmodelle einer „alten Technologie“, so ein in Medien und Politik weit verbreitetes Narrativ.

Doch stimmt das?

Im ersten Teil der großen JF-TV Dokuserie MYTHOS ENERGIEWENDE zeigen wir, wie das Phänomen Elektrizität entdeckt wurde, wie sich daraus die moderne Elektrotechnik entwickelte und welche Rolle diese für das Funktionieren moderner Gesellschaften spielt. Wir klären grundlegende Begrifflichkeiten wie Arbeit und Leistung und erklären die Funktionsweise heutiger Wechselstromnetze.

Wir zeigen, daß Strom immer im Augenblick des Verbrauchs produziert werden muß, was Grundlast, Regelstrom und Taktfrequenz sind, wie wichtig dabei Präzision ist und welche entscheidende Rolle Großkraftwerke auch heute noch für die Netzstabilität spielen. Denn tatsächlich sind sie es, die unsere Stromversorgung aufrechterhalten, während die angeblich zukunftsweisenden „Erneuerbaren“ ebenjene Netzstabilität gefährden.

Die besorgniserregende Wahrheit lautet: je mehr konventionelle Kraftwerke abgeschaltet werden und je mehr Windräder ans Netz gehen, umso größer und teurer wird der Aufwand, der zur Aufrechterhaltung des Stromnetzes betrieben werden muß.

Wie lange kann das noch gut gehen?

Folge 1 (von vier) der großen JF-TV Dokuserie MYTHOS ENERGIEWENDE:

- Mythos Alte Technologie
- Stromversorgung in Gefahr? 00:00
- Intro 02:16
- Anmoderation 03:00
- Mythos Alte Technologie 26:58 –

- Abspann
 - Die zweite Folge erscheint am Sonntag, den 23.1.2022 um 18 Uhr.
-

Die Rechenkünste des begabten Robert Habeck

geschrieben von Admin | 21. Januar 2022

Schöner rechnen mit Robert Habeck

Von Manfred Haferburg

Minister Habeck rechnet mit der Energiewende. Damit die rechnerisch aufgeht, reicht einfaches Schönrechnen nicht. Aber der Minister kann wahrscheinlich schöner rechnen – sein Verhältnis zur Mathematik scheint äußerst flexibel.

Herr Habeck hat in seiner ersten Rede als Bundesminister für Wirtschafts- und Klimaschutz gesagt: „*Man muss nicht besonders helle sein oder in der Schule in Mathematik besonders aufgepasst haben, um zu merken, dass das nicht funktionieren kann.*“ Da muss ich ihm vollinhaltlich recht geben. Das sagen die Fachleute zur Energiewende schon lange.

Der Herr Minister Habeck aber hat gar nicht die Energiewende gemeint. Er hatte das Tempo des Ausbaues der Windenergie im Sinne, als er das sagte. „*Die durchschnittliche Genehmigungszeit für eine Windkraftanlage in Deutschland beträgt aber sechs bis acht Jahre... Wir haben uns bis 2030 Zeit gegeben, um die CO2-Emissionen um 65 Prozent zu senken. Das ist ein breiter Konsensbeschluss in diesem Haus. Das waren die Ziele der letzten Regierung, und wir als Ampelkoalition haben sie übernommen.*“

So so, Herr Habeck, das haben Sie also von Ihren Vorgängern so geprüft und übernommen? Na da wollen wir doch mal ein bisschen helle sein und etwas rechnen. Übrigens haben wir Ihren Vorgängern, dem CDU-Energiewende-Booster-Team diese Rechnung schon vor einem halben Jahr angeboten. Die Antwort war: „*Die Energiewende lässt sich, wenn wir erfolgreich sein wollen, nicht auf zwei oder drei Parameter reduzieren. Das Projekt ist komplex und erfordert sehr viel mehr Stellschrauben.*“ Leider wurde in der Hitze des Wahlkampfs vergessen, an den Stellschrauben zu drehen.

Was schafft man mit „verdreifachen“?

Doch nun zu unserer Rechnung. Entsprechend Ihrer eigenen Pläne soll der erneuerbare Anteil an der Gesamtstromerzeugung von heute 36,1 Prozent auf 60 Prozent bis 2030 ansteigen. Dies entspricht einer Stromproduktion von $663 \times 0.6 = 398$ Terawattstunden (TWh).

Demzufolge ist festzustellen, dass in den nächsten 10 Jahren – wir wollen ja großzügig und rund rechnen – insgesamt 398 TWh minus 181,7 TWh = 216,3 TWh Strom aus Wind- und Solar-Anlagen zusätzlich erzeugt werden müssen. Somit ist ein Zubau von 21,63 TWh pro Jahr erforderlich.

Um dieses Ziel zu erreichen, ergibt sich ein notwendiger Zubau von Wind- und Sonnenstromerzeugern pro Tag in den nächsten 10 Jahren. (Dabei ist die heutige Verteilung der Erzeugung zwischen Wind-On- und Offshore und Sonne zugrundegelegt. Sollte die sich zugunsten einer der Erzeugungsarten verschieben – die Summe bleibt konstant.)

Hier die Ergebnisse des von heute an nötigen Zubaus an Ökostromerzeugern:

Wind Onshore: 35.268 durch 120 Monate gleich 294 Windenergie-Anlagen pro Monat .

Das heißt, es müssen **10 neue Onshore-Windenergie-Anlagen pro Tag** gebaut werden. (zum Vergleich: In 2020 wurden pro Monat 35 Onshore-Anlagen zugebaut).

Wind Offshore: 1.784 durch 120 Monate gleich 15 Anlagen pro Monat.

Das heißt, es muss **alle 2 Tage eine neue Windenergie-Offshore-Anlage** in Betrieb gehen. (Zum Vergleich: im ersten Halbjahr 2021 erfolgte kein Zubau von Offshore-Anlagen)

Solaranlagen (PV): 2 Millionen durch 120 gleich 16.670 Anlagen pro Monat.

Das heißt, es müssen **556 neue PV-Anlagen pro Tag** installiert werden.

Mit jedem Tag, an dem diese Zahlen nicht erreicht werden, kumulieren die Rückstände sich auf das kommende Soll bis zum Jahre 2030 auf. Sie haben gesagt, dass Sie zur Erreichung dieser Ziele die Ausbaugeschwindigkeit „verdreifachen“ wollen. Lassen Sie uns nochmal rechnen, der Einfachheit halber nur bei „Windenergie an Land“, wie das Gesetz so schön in Babysprache heißen soll.

Keine Mathematik-Freunde in der

Mitarbeiterschar?

Bisher wurden im Jahr 2020 durchschnittlich 35 Onshore-Windräder pro Monat gebaut. Verdreifachung würde nach Adam Riese heißen, dass 105 Anlagen gebaut werden. Sie benötigen aber 294 Anlagen pro Monat, um die selbstgesteckten Ziele zu erreichen. Das ist, wieder nach Adam Riese, nicht eine „Verdreifachung“, sondern eine „Verachtfachung“, konservativ gerechnet.

Klingt Ihnen das alles bei Ihren Plänen zur Beschleunigung des Ausbaus unglaublich und versuchen Sie mit Untertreibung, Ihre Abgeordnetenkollegen und das Wahlvolk hinter die Fichte zu führen? Oder haben Sie, Herr Bundesminister für Wirtschaft- und Klimaschutz und Ihre Mitarbeite

rschar, in der Schule in Mathematik nicht besonders aufgepasst? Ich glaube, Sie ahnen dunkel, dass es nicht funktionieren kann. Sie rechnen einfach damit, dass es nach dem großen Abschalten in Deutschland dann Strom nicht mehr „bedarfsgerecht“, sondern „angebotsorientiert“ geben wird. Und zwar zu „nachhaltig-gerechten“ Strompreisen. Die Energiewende kostet dann eine Kugel Eis – pro Kilowattstunde.

Kommen wir nun zum Ausbau der Gaskraftwerke, die als Übergangs-Energie Ihrer Aussage nach benötigt werden. Erstens erschließt sich mir nicht, warum „Übergang“. Zu was soll übergegangen werden? Kernenergie haben Sie ja ausgeschlossen. Kohle und Öl auch. Oder soll ab 2030 gesetzlich festgelegt werden, dass die Sonne auch nachts scheint und der Wind stets mit fünf Nummern zu wehen hat?

Nach den Berechnungen Ihres Hauses werden für die Energiewende in den kommenden acht Jahren Gaskraftwerke mit einer Kapazität von 40 Gigawatt benötigt. Das sind 80 Gaskraftwerke der großen 500-Megawatt-Klasse beziehungsweise 133 Gaskraftwerke der gängigen 300-Megawatt-Klasse. Die sind noch nicht einmal budgetiert, geschweige denn in der Vorprojektphase. Das heißt, es gibt noch keinen Investor, noch keinen Standort, noch kein Genehmigungsverfahren, noch keinen Hersteller und noch keine Anbindung für die Gaszufuhr und, und, und... So ein Gaskraftwerk der 300-MW-Klasse kostet geschätzt 1 Milliarde Euro, wir reden also über ein Investitionsvolumen von 100 Milliarden.

Woher kommt eigentlich das Gas?

Aber nach meiner bescheidenen Ansicht sind diese Gaskraftwerke noch nicht einmal erfunden. Denn nach der EU-Taxonomie müssen sie in der Lage sein, ab 2026 einen Anteil von 30 Prozent Wasserstoff und ab 2030 mindestens 55 Prozent Wasserstoff zu verbrennen. Diese Anforderung würde nach Ansicht von Experten die Investitionskosten um 20 Prozent erhöhen. Und das unter dem Gesichtspunkt, dass zu den genannten Zeiträumen nicht auch nur im Entferntesten genügend grüner Wasserstoff zur Verfügung stehen kann. Entsprechend schlagen die Deutsche Industrie- und

Handelskammer und der Bundesverband der Deutschen Industrie Alarm.

Das macht aber nichts, da die Kosten ohnehin vom Steuerzahler und vom Stromkunden getragen werden müssen. Dummerweise sind das die gleichen Leute. Sie können ja schon mal mit Ihrem Finanzministerkollegen über die zur Weltrettung notwendigen Steuererhöhungen sprechen.

Sehr geehrter Herr Habeck, Sie haben ja auch die Verkehrswende vor, die Umstellung des Verkehrs auf Wasserstoff. Und auch die Industrie soll auf Wasserstoff umgestellt werden, Eisen soll mit grünem Wasserstoff verhüttet werden. Das ist eine große „Herausforderung“, wie Sie es nennen würden. Wasserstoff ist der Kaviar unter den Energieträgern, nicht weil er so effizient ist, sondern weil er so teuer ist. Wasserstoff gibt es kaum frei in der Natur, sondern er muss aufwändig hergestellt werden. Für die Herstellung einer Kilowattstunde Wasserstoff benötigt man drei bis vier Kilowattstunden Strom. Das ist nicht zu ändern, weil es die Physik so will.

Ich möchte Ihnen dies mit ein paar Zahlen an einem Beispiel verdeutlichen. Um 1 kg Wasserstoff zu gewinnen, benötigen wir 50 Kilowattstunden Strom. Verbrauchen wir diesen Wasserstoff in einer Brennstoffzelle, liefert diese uns daraus ganze 17 Kilowattstunden. Um die deutsche PKW-Flotte auf Wasserstoff umzustellen, bräuchte man etwa 80.000 Windturbinen zur Herstellung des Wasserstoffs – zusätzlich zu den 30.000 Windturbinen von heute.

Sehr geehrter Herr Habeck, noch ein Tipp für Ihre Gesetzesvorhaben der Reform des Erneuerbaren-Energie-Gesetzes, die Sie bis zum April vorlegen wollen: Es müssen ab heute bis zum Jahr 2030 jährlich 11 Gaskraftwerke der 300 MW-Klasse gebaut werden, um Ihre selbstgesetzten Ziele zu erfüllen. Ich empfehle daher, umgehend mit der Standortsuche, den Herstellerverhandlungen und dem Bau der Infrastruktur, nämlich der Gasterminals für die Anlandung des US-Schiefergases und der Gasleitungen zu den Standorten der Gaskraftwerke zu beginnen. Denn das Putin-Gas wollen Sie und Ihre Partei ja lieber nicht. Und das fällt Ihnen ein, nachdem die Leitung fertiggestellt ist. „*Es ist eine große politische Aufgabe, eine gigantische Aufgabe*“, haben Sie gesagt,. „*Aber eine, die für das Land eine enorme Chance bereitet.*“

Der Beitrag erschien zuerst bei ACHGUT hier

Unter Medien-Jubel ins Energie-Fiasco

geschrieben von Admin | 21. Januar 2022

Bei der Energiewende entwickelte sich die „Vierte Gewalt“ zur fünften Kolonne von grünen Ideologen.

von Manfred Haferburg

In diesem Beitrag möchte ich unter Auslassung der politischen Verantwortlichkeit das epische Komplettversagen der Medien beleuchten, das Deutschland in eine veritable Energiekrise mit noch ungeahnten Auswirkungen auf den Wohlstand und die Demokratie verführt hat.

Zu Anfang möchte ich klarstellen, dass es Ausnahmen gibt. Es gibt sie: die guten Journalisten, die gebildet sind, und ihre Berufung ernst nehmen, ihre Kunden darüber zu informieren, was ist.

Die Presse ist eine Macht – man nennt sie gern die Vierte Gewalt. Diese Vierte Gewalt im Staate ist durch nichts legitimiert. Sie ist niemandem rechenschaftspflichtig. Sie ist für nichts verantwortlich. Sie wird vom Streben nach Geld, Aufmerksamkeit und Macht getrieben. Heuchelei, Unkenntnis, ideologische Voreingenommenheit und Arroganz gegenüber den Menschen außerhalb ihrer Blase sind Markenzeichen der Hauptstrommedien geworden. Die Medien gerieren sich heute als „loyale Opposition“, hyperloyal zur linksgrünen Regierung. Junge Journalisten wollen ihre Leser erziehen, können aber noch nicht einmal richtiges Deutsch schreiben. Viele Medienkonsumenten wenden sich mit Grausen ab.

Doch das wäre nicht das Schlimmste. Die Vierte Gewalt greift massiv in die Wirtschaft ein. Im Einklang mit politischen Ideologen bekämpfen sie Technologien. Sie haben den Transrapid zerstört. Sie sind dabei, die Autoindustrie kaputtzuschreiben. Sie teilten die Energiequellen in Freund und Feind ein. Die Feindenergie wird mit medialem Dauerfeuer bekämpft.

Unbedarfte Journalisten, beim Herunterschreiben der vermeintlichen Feindenergien von keinem Wissen über Energiesysteme getrübt, operieren am offenen Herzen einer Industrienation. Wenn sie damit fertig sind – Operation gelungen, Patient tot.

Seit Ende der 1970er Jahre schreibt die (west)deutsche Presse im Einklang mit der grünen Bewegung die Kernkraft nieder – mit Erfolg. Es kamen nur noch „Experten“ zu Wort, die sich kritisch zur Kernkraft äußerten. Nur noch die Risiken der Kernkraft wurden thematisiert und überhöht, der Nutzen negiert. Die Kernkraftunfälle von Tschernobyl und später Fukushima wurden und werden von der Deutschen Presse bis ins

Groteske überhöht, die Deutschen Kernanlagen fern jeder Realität vermonstert.

Die Wasserstoffexplosionen in Fukushima liefen auf allen Kanälen in Endlosschleife. Ich erinnere noch, wie deutsche Leitmedien allen Ernstes und entgegen jeder Realität behaupteten, in Fukushima wäre die Betriebsmannschaft aus der Anlage geflohen, es würden Jugendliche und Obdachlose in tödlicher Strahlung verheizt und die Feuerwehr würde mit vorgehaltener Waffe zur Havarie-Bekämpfung gezwungen. Nicht ein Wort davon stimmte. In Deutschland wurde von den Medien, analog wie nach Tschernobyl, eine Strahlenangstpanik erzeugt. In deutschen Medien wurden zehnmal so viel Forderungen nach dem Ausstieg kolportiert wie in Frankreich und dem Vereinigten Königreich. Sogar in Japan selbst fand diese Panikmache nicht statt.

Als Resultat dieser Propaganda glauben heute viele Deutsche daran, dass Kernenergie des Teufels ist. Als Folge davon ist die deutsche Kernenergie in einem Jahr Geschichte, und das für die nächsten 25 Jahre. Schon werden neue Teufel gejagt. Die Kohlekraftwerke und die Autos sind jetzt dran. Die Strahlenangst wurde durch Klimaangst ergänzt, ohne ganz zu verschwinden.

Dann kam Corona dazu und drei Ängste koexistieren nun in Deutschland – Strahlenangst, Klimaangst und Coronaangst. Politik, Wirtschaft und das ganze gesellschaftliche Leben werden durch von den Medien angeheizte Ängste bestimmt. Kein Mensch weiß mehr, was Henne oder Ei war. Teufelskreise wurden in Gang gesetzt.

So etwas kann nicht gutgehen. Da hilft auch nicht, dass die sonst hochgelobte Europäische Union die Kernenergie als grün einstufen wird. Glaubt vielleicht irgendwer, dass von der Leyen diese Einstufung ohne den vorherigen Segen ihrer Meisterin Merkel vornimmt? So legte die aus dem Amt Geschiedene der Ampel ein richtig faules Ei ins Regierungsnest. Warum? Wenn die neue Regierung alt aussieht, steht die alte Regierung dann nicht automatisch in besserem Lichte da?

Deutschland ist mit seiner Energiewende in voller Fahrt als Geisterfahrer unterwegs. Die Protagonisten geben Vollgas im Angesicht der Mauer am Ende der Sackgasse. Der Zusammenstoß mit der Physik und Ökonomie wird verheerend sein. Und wieder wird die Journalisten keine Verantwortung treffen.

Man stelle sich einen Lockdown vor, in dem für mehrere Tage erst der Strom ausfällt, dann das Trinkwasser und zuletzt die gesamte Versorgung mit allem, was zum Leben gebraucht wird.

Doch bis dahin geht es unverdrossen weiter. Die deutsche Energiepolitik hat sich in ein unlösbares Dilemma manövriert. Egal, was sie jetzt machen, es ist falsch. Will die Regierung die Energiewende korrigieren, haben sie ihre eigenen Klientel an der Gurgel. Revidieren sie die Energiewende nicht, bekommen sie es mit der Physik und der Ökonomie zu

tun.

Die Medien haben erfolgreich mit fast religiös anmutendem Eifer Feindenergieträger definiert, die von vielen Deutschen nun für Teufelszeug gehalten werden, das unbedingt und um jeden Preis ausgemerzt werden muss. Ich behaupte, dass weder die Politik noch die Medien oder noch weniger die Durchschnittsbürger die Tragweite der Situation auch nur annähernd überschauen können.

Aus der Pfui-Kernenergie ist Deutschland bis auf die letzten drei KKW mit 4,5 GW ausgestiegen. Die kommen im nächsten Jahr dran. Damit sind unter dem Beifall der Medien innerhalb von 10 Jahren etwa 25 Prozent der deutschen Stromerzeugung und über 50 Milliarden an Anlagenwert vernichtet worden. Bis 2030, also in acht Jahren, sollen dann die Kohlekraftwerke geschlossen werden. Damit sind nochmal 26 Prozent Erzeugungskapazität weg. Dann hat es Deutschland geschafft, die Hälfte seiner Stromerzeugungskapazität und 80 Prozent seiner grundlastfähigen Stromerzeuger zu vernichten. Es bleiben 16 Prozent Erdgas, 3 Prozent Wasser und 8 Prozent Biomasse für Grundlast übrig. Den Rest sollen Wind und Sonne erzeugen, die aber wetter- und tageszeitabhängig sind. Leider hat wider grünes Erwarten niemand bezahlbare Großspeicher erfunden.

Das bedeutet, man muss von heute an bis 2030 jeden Tag 10 Windräder und 5.000 Solardächer installieren, nur um die Nominalleistung, die durch Abschaltung bestehender Kraftwerke verloren geht, zu ersetzen. Vom Geld abgesehen – gibt es in Deutschland noch eine Industrie, die das schafft?

Da aber Wind und Sonne immer noch machen, was sie wollen, müssen Gaskraftwerke gebaut werden. Wirtschafts- und Energieminister Robert Habeck setzt daher auf neue Gaskraftwerke. „Erdgas ist für eine Übergangszeit unverzichtbar“, steht auch im Koalitionsvertrag. Was da nicht steht: das heißt, es müssen bis 2030 mindestens 100 mittlere Gaskraftwerke von je 300 MW errichtet werden – also von heute an mindestens 12 Gaskraftwerke pro Jahr. Diese befinden sich aber noch nicht mal in der Vorprojektphase. Sie sind noch nicht einmal erfunden, legt man die Ansprüche des EU-Green-Deals an ihre Abgaswerte an.

So ein Gaskraftwerksprojekt dauert 5 bis 8 Jahre bis zur Produktionsreife – wenn die Finanzierung steht. Da aber Teile der grünen Regierungspartei auch dem Erdgas den Krieg erklärt haben, nimmt keine Industrie das Risiko auf sich. Der Staat wird sie bauen und der Steuerzahler finanzieren müssen. Zusätzlich werden diese Gasstromerzeuger nicht rentabel sein, da sie nur produzieren dürfen, wenn der Wind nicht weht. Seit Juni 2020 hat sich der Gaspreis verdoppelt. Der Strom aus Gaskraftwerken wird damit unbezahlbar teuer.

Und gibt es überhaupt die industrielle Fertigungskapazität zur Errichtung von 100 Gaskraftwerken in so kurzer Zeit? Von den 100 Milliarden notwendigen Investitionsvolumens gar nicht zu reden.

Und man will ja gleichzeitig Industrie und Verkehr auf grünen Wasserstoff umstellen. Um das zu bewerkstelligen, braucht man für dessen Erzeugung entweder für jeden Quadratkilometer deutscher Landesfläche ein Windrad plus noch nicht erfundene Speicher oder zusätzlich nochmal 150 Gaskraftwerke obendrauf auf die schon erforderlichen 100. Vom notwendigen Netzausbau habe ich noch gar nicht gesprochen.

Wer jetzt verwirrt ist, ist es zu Recht. So etwas kann nicht gut gehen. Die Fortsetzung der Energiewende wie vorgesehen und medial bejubelt, ist eine Mission impossible. Der politmediale Komplex hat die Bevölkerung hinter die Fichte in die Energiekrise geführt. Man weiß nur nicht, was zuerst zuschlägt: die Physik oder die Ökonomie. Ich tippe eher auf die Ökonomie. Weil das Zuschlagen der Physik ein verheerender Blackout sein wird.

Gerade erhalte ich die Information, dass EON seinen Kunden für grüne Energie 65 Cent/kWh in Rechnung stellt. Sollte auch nur ein Teil der Regierungspläne umgesetzt werden – ein Schnäppchen. Die Kilowattstunde Strom wird bei der Vollendung des Atom- und Kohleausstiegs wohl um einen Euro kosten. Und da für die Herstellung einer Kilowattstunde grünen Wasserstoffs vier Kilowattstunden Strom benötigt werden, kostet eine Kilowattstunde Wasserstoff dann so um vier Euro. Ich bin schon gespannt, was die Energiewende-Schönrechnerin der Nation Claudia Kemfert uns dann vorrechnen wird.

Der Verbraucher muss sich auf Stromkosten um einen Euro pro kWh einstellen – für Strom, den es aber nicht immer gibt, sondern nur ab und zu. Da kein Produkt ohne Energie hergestellt werden kann, werden die Energiepreise zum Booster für die Inflation und zur Ursache einer Mangelwirtschaft.

Zuerst wird die energieintensive Industrie die Flucht ergreifen, sie kann solche Preise im Wettbewerb auf dem Weltmarkt nicht abbilden. Aluminium-, Karbid-, Glas- und Papierindustrie sind schon unterwegs – Aufzählung unvollständig. Doch auch die Verbraucher werden irgendwann mit Heugabeln und Dreschflegeln vor dem Bundestag auftauchen und die Energiewendeprotagonisten zum Teufel jagen wollen. Oder das Land versinkt vorher im Chaos eines Blackouts.

Eigentlich könnten die Kernenergieländer um Deutschland herum sich jetzt schadenfroh zurücklehnen und Popcorn naschend dem kommenden Fiasco zusehen. Doch selbst das ist zu kurz gedacht. Ist doch das Stromnetz europaweit intensiv auch über Ländergrenzen verbunden. Und so könnte es sein, dass ein Blackout in Deutschland auch seine Nachbarn mit ins Chaos reißt. Also verbietet sich jede Schadenfreude.

Dem geneigten Leser kann ich nur anraten, sich mit reichlich Trinkwasser in Flaschen, Kerzen, einem Campingkocher, Nudeln, reichlich Mülltüten und Klebeband einzudecken. Wozu diese Ingredienzien bei einem Blackout gut sind, wird jeder dann selbst entdecken. Und ein gut gefüllter

Rotweinkeller kann im Falle des Falles nicht schaden.

Milliardengeschäft „grünes“ Erdgas: Ampel haucht Zombie-Kraftwerken Leben ein – FOCUS Online

Der Beitrag erschien zuerst bei ACHGUT hier

Der Push für Elektrofahrzeuge löst durch erweiterten Minenabbau massive Entwaldung und Umweltschäden aus

geschrieben von Andreas Demmig | 21. Januar 2022

Thomas Catenacci, Energy & Environment Reporter

Die weltweite Nachfrage nach Mineralien, die für die Herstellung von Elektrofahrzeugen unerlässlich sind, ist stark angestiegen. In einem philippinischen Regenwald wurden zum weiteren Ausbau einer großen Nickelmine, hektarweise Bäume gefällt.

Schweizer, baut Kernkraftwerke!

geschrieben von Admin | 21. Januar 2022

In vielen europäischen Staaten dürfte bald der Strom knapp werden. Das birgt eine einmalige Geschäftschance für die Eidgenossenschaft: Die Schweiz sollte mehrere AKW aufstellen und das Ausland mit Elektrizität beliefern. Ein Aufruf.



von Alex Reichmuth

Es war die goldene Zeit der Schweizer Stromwirtschaft: In der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts verdienten die Betreiber von Pumpspeicherwerken gutes Geld mit einem gewitzten Geschäftsmodell: Zuerst beförderten sie jeweils mit billigem Nachtstrom Wasser in ihre

Stauseen hoch. Dann, über Mittag, liessen sie dieses Wasser auf ihre Turbinen nieder und verkauften den so erzeugten Strom in halb Europa – exakt dann, wenn dieser Strom am meisten nachgefragt war und deshalb Spitzenpreise erzielte.

Mittlerweile ist dieses Modell Geschichte. Heute liefern die vielen neuen Solaranlagen im In- und Ausland exakt am Mittag am meisten Elektrizität und verhageln den Schweizer Stromerzeugern so das Geschäft. Doch goldene Zeiten könnten wieder anbrechen – wenn die Schweiz sich auf ihre Stärken besinnt, die künftige Situation in der europäischen Stromwirtschaft vorwegnimmt und sofort beginnt, die Voraussetzungen für künftigen wirtschaftlichen Erfolg zu schaffen.

Europäische Staaten werden bald nach Strom lechzen

Der Ansatz ist der: In einigen Jahren, sicher aber in wenigen Jahrzehnten wird in Europa der Strom knapp werden. Das wird insbesondere im Winterhalbjahr der Fall sein. Denn die Schere geht immer weiter auseinander. Einerseits steigt die Stromnachfrage stetig: Aus Klimaschutzgründen wird der Verkehr auf Elektromobilität umgestellt und in den Gebäuden kommen immer mehr Wärmepumpen statt Öl- und Gasheizungen zum Einsatz. Zudem laufen immer mehr elektronische Geräte. Das braucht Strom in rauen Mengen.

Andererseits legen die europäischen Staaten immer mehr Kraftwerke still: insbesondere fossile Kraftwerke, die aus Kohle, Öl und Gas Elektrizität produzieren, weil sie klimaschädlich sind; teilweise auch, wie in Deutschland und eventuell in Belgien, Kernkraftwerke.

Neue Wasserkraftwerke kann die Schweiz kaum mehr bauen, weil sie dem Schutz der Landschaft entgegenstehen.

Europäische Staaten werden darum in 10, 20 oder 30 Jahren nach Strom lechzen – insbesondere nach Strom, der im Winter verlässlich fliest. Hier ist die Schweiz gefragt.

KKW liefern zuverlässig und klimafreundlich Strom

Die Schweiz sollte neue Kernkraftwerke bauen. Damit könnte sie nicht nur die Stromlücken, die im eigenen Land drohen, beseitigen. Sie könnte damit auch andere Staaten beliefern, wenn dort der Strom ausgeht.

Auf Kernkraftwerke zu setzen ist deshalb angesagt, weil diese die einzige klimafreundliche und zuverlässige Form der Erzeugung von

Elektrizität darstellen. Denn neue Wasserkraftwerke kann die Schweiz kaum mehr bauen, weil sie dem Schutz der Landschaft entgegenstehen. Beim Bau von Gaskraftwerken wiederum könnte das Land seine günstige Klimabilanz vergessen. Solar- und Windstrom fallen unzuverlässig an und sind für eine sichere Stromversorgung sowieso nicht zu gebrauchen.

Der Vorschlag besteht konkret darin, drei neue Kernkraftwerke zu bauen. Eines in Mühleberg. Eines in Beznau. Und eines in Gösgen. Damit kann die Schweiz genug Strom auch für künftige Exporte herstellen.

Das Neubauverbot müsste beseitigt werden

Natürlich: Es gibt Hindernisse. Eines besteht darin, dass der Neubau von Kernkraftwerken per Gesetz verboten ist. So hat es das Stimmvolk 2017 beschlossen, als ihm fälschlicherweise weisgemacht wurde, die Versorgung könne künftig mit Solar- und Windstrom gesichert werden. Dieses Verbot müsste man aufheben, was wohl eine Volksabstimmung nötig machen würde.

Die Bewilligungsverfahren sollten beschleunigt werden, damit potentielle Geldgeber wieder ein Interesse haben, in Kernkraftwerke zu investieren.

Weiter müsste dafür gesorgt werden, dass die Bewilligungsverfahren für neue KKW zeitlich gestrafft werden. Sonst dauert die Planung ewig. Bundesrätin Simonetta Sommaruga macht es derzeit bei den Verfahren für Wasserkraft- und Windkraftanlagen vor: Sie will das Bewilligungsprozedere bündeln, sodass die Gegner solcher Anlagen nicht mehrmals bis vor Bundesgericht gelangen können, sondern nur ein einziges Mal. Damit sollen die Verfahren beschleunigt werden, damit potentielle Geldgeber wieder ein Interesse haben, in solche Kraftwerke zu investieren. Dasselbe ist bei Atomkraftwerken notwendig.

Potenzielle Investoren wurden abgeschreckt

KKW-Gegner werden einwenden, dass Kernstrom viel zu teuer sei und sich kaum Investoren finden liessen. In der Tat haben die grossen Schweizer Stromkonzerne der Kernenergiewirtschaft abgeschworen und bekunden derzeit kein Interesse an Neubauten. Doch wer möchte ihnen das verübeln? Die Kernkraft wurde jahrzehntelang schlecht geredet. Die Auflagen an die Betreiber wurden immer weiter erhöht. Und die Bewilligungsverfahren wurden ins schier Unermessliche verkompliziert. Es gilt, diese Entwicklungen rückgängig zu machen, wo es die Sicherheit zulässt: Kernkraftwerke zu bauen, muss wieder eine realistische und lohnenswerte Option werden.

Gewiss: In Europa sind mehrere Neubau-Projekte zeitlich und finanziell aus dem Ruder gelaufen. Die Stichworte dazu sind: Flamanville in Frankreich, Olkiluoto in Finnland und Hinkley Point in Grossbritannien.

Die Gründe dafür sind Probleme mit einem neuen Kraftwerkstyp und Missmanagement. Doch andere Neubauten zeigen, dass es noch immer möglich ist, neue KKW zügig und zu vernünftigen Kosten aufzustellen.

Südkorea baut in Abu Dhabi vier grosse Reaktoren

Zu erwähnen ist insbesondere die Grossanlage Barakah in Abu Dhabi. Dort entstehen vier Reaktoren mit einer Leistung von je 1,45 Gigawatt, zu überschaubaren Kosten von insgesamt 20,4 Milliarden Dollar. (Zum Vergleich: Das KKW Gösgen hat eine Leistung von 1,06 Gigawatt.) Zwei Barakah-Reaktoren haben letztes Jahr den Betrieb aufgenommen. Die anderen werden auch bald Strom liefern. Erbaut werden die vier Reaktoren unter Leitung des südkoreanischen Stromversorgers Kepco. Warum klopft die Schweiz nicht auch in Südkorea an?

Die EU-Kommission hat soeben entschieden, dass Investitionen in die Kernkraft als nachhaltig gelten (siehe hier). Das dürfte neue Geldgeber anlocken. Auch die Schweiz, obwohl nicht EU-Land, könnte von diesem Rückenwind für die Kerntechnologie profitieren.

Ein bürgerlicher Schulterschluss ist notwendig

In Europa plant mittlerweile eine ganze Reihe von Ländern neue Kernkraftwerke: Frankreich, Grossbritannien, die Niederlande, Finnland, Polen, Tschechien, Ungarn. In all diesen Ländern ist man offensichtlich optimistisch, Investoren zu finden. Es ist nicht einzusehen, warum es nicht auch der Schweiz gelingen sollte, neue KKW zu verwirklichen.

Die Schweiz könnte sich mit Stromexporten aus Kernkraftwerken eine goldene Nase verdienen.

Voraussetzung für eine neue Zukunft der Schweizer Stromwirtschaft ist ein entsprechender politischer Wille. Die Politiker des Landes sollten jetzt eingestehen, dass die Energiestrategie 2050 gescheitert ist und in eine Strommangellage führt. Sie sollten stattdessen eine KKW-Offensive propagieren. Die linken und grünen Parteien werden zwar nicht mitmachen. Darum braucht es einen Schulterschluss der Bürgerlichen.

In spätestens 20 Jahren würden drei neue Schweizer KKW in Betrieb gehen. Die Stromlücke wäre abgewendet. Und das Land könnte sich mit Exporten eine goldene Nase verdienen.

Der Beitrag erschien zuerst im Schweizer Nebelpalter hier